

Soll verstärkter Holzverkauf Haushalte sanieren?

Im Wald sieht es zur Zeit aus, als hätte der Sturm „Wibke“ erneut zugeschlagen. 1990 fielen den starken Stürmen 150.000 Festmeter gesunder Bäume allein im Zuständigkeitsbereich des Forstamtes Mörfelden-Walldorf zum Opfer.

In den Wintermonaten 1998/99 wurden oder werden dort etwa 16.000 Festmeter Wald gefällt. Also alle 10 Jahre eine „Wibke“? Das hat mit forstwirtschaftlich nötiger Auslichtung und Ausdünnung nichts mehr zu tun.

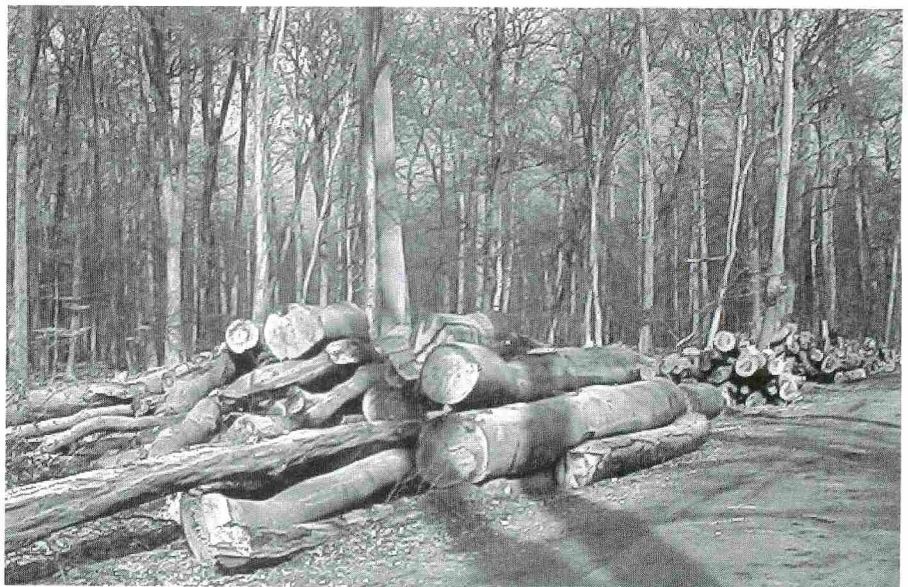
Wer in letzter Zeit als Fußgänger oder Radfahrer durch den hiesigen Wald kommt, ist entsetzt über den gewaltigen Holzeinschlag. Besonders im „Schlichter“, dem Staatswald nördlich der Bundesstraße 486 in Richtung Rüsselsheim, türmen sich an den Wegrändern die Stämme von 100- bis 200-jährigen Buchen und Eichen. Ein Großteil davon wurde in den letzten Wochen schon mit schweren Lastfahrzeugen abgefahren, wobei die vor noch nicht allzu langer Zeit erneuerten Wege stark beschädigt wurden.

Wie vom Forstamt zu erfahren war, geschieht der Einschlag im Rahmen der Waldbewirtschaftung. Die Holzeinschlagsmenge wird in 10-Jahreszeiträumen festgelegt. In diesem Winter wurden im Forstamtsbereich für die 2.400 ha Staatswald und für die insgesamt 2.900 ha Gemeindewald jeweils

8.000 Festmeter zum Fällen freigegeben. Der Gemeindewald setzt sich aus Anteilen von acht Städten und Gemeinden, sowie Anteilen des Flughafens, der Farbwerke Höchst AG und der Stadtwerke Mainz zusammen. Laut Forstamt wird auf das Prinzip der Nachhaltigkeit geachtet, d.h. in einem Zeitraum nur soviel Wald eingeschlagen, wie auch wieder nachwächst. Das heißt auch, die Waldungen so zu nutzen, daß die Nachkommenschaft ebensoviele Vorteile daraus ziehen kann, wie die jeweils gegenwärtige Generation.

Aber ist das wirklich so? Der Wald in unserer Region wurde in der zurückliegenden Zeit erheblich reduziert. Allein im Zuständigkeitsbereich des Forstamtes Mörfelden/Walldorf sind in der Nachkriegszeit etwa 2.000 ha Wald für Siedlungs-, Gewerbe- und Verkehrsflächen einschließlich Flughafen verlorengegangen. Weitere gewaltige Verluste drohen durch die erneut geplanten Vergrößerungen des Flughafens. Starke Schäden und Verluste entstehen aber auch durch das von uns

Fortsetzung nächste Seite



Rechts der Bundesstraße 486 in Richtung Rüsselsheim, in den Abteilungen 39 und 42 (gegenüber den Mörfelder Schützenhaus) sieht es aus, als hätte Sturm „Wibke“ erneut zugeschlagen. Gewaltige Mengen Buchenstämme warten auf den Abtransport.

allen mitverursachte Waldsterben. Die noch großflächigen Laub- und Nadelwälder der Rhein-Main-Region sind wegen der starken Zersiedelung, großer Grundwasserabsenkungen und Immissionen durch Industrie und Verkehr hohen Belastungen ausgesetzt. Bei der Destabilisierung des Waldes kommt noch der Massenbefall von Schädlingen, wie Schwammspinnern und Borkenkäfer hinzu.

Vorgenannte Punkte sollten die Verantwortlichen in der Landesregierung, im Regierungspräsidium, in den Kommunen und nicht zuletzt in den Forstämtern zum Nachdenken veranlassen.



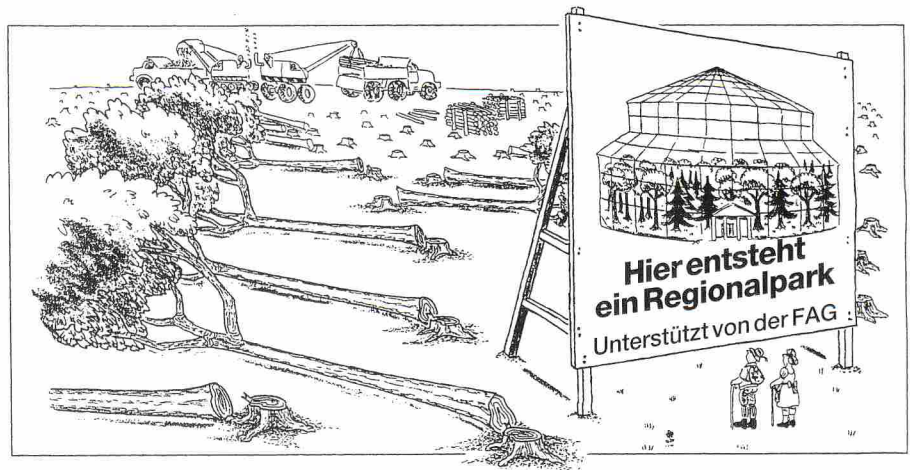
Der Hessische Finanzminister und die Kämmerer der einzelnen Städte und Gemeinden sollten wissen, daß es der falsche Weg ist, mit ein paar hunderttausend Mark aus vermehrtem Holzverkauf das Defizit in den Haushaltskassen zu verringern.

Die Einschlagsquoten müssen reduziert werden, auch wenn, wie in diesem Jahr geschehen, auf dem Holzmarkt für die Buche ein höherer Preis zu erzielen ist.

Zu bedenken sollte auch geben, daß in der Rhein-Main-Ebene etwa 62% aller Einwohner Hessens (3,7 Millionen) leben. Hier werden 70% des hessischen Bruttosozialproduktes erwirtschaftet. Die Einwohnerdichte liegt hier mit 493 Einwohner pro Quadratkilometer erheblich über dem Landesdurchschnitt (283 Einwohner / qkm). Diese Menschen benötigen den Wald verstärkt zur Erholung. Auch der Schutz unseres Trinkwassers ist heute überwiegend nur noch in Waldflächen gegeben. Wasserwerke wenden riesige Summen für die Nachreinigung des Trinkwassers auf, das nicht unter Waldflächen gefördert wurde.

Nachdenken jedoch allein genügt nicht, es muß auch gehandelt werden.

Heinz Hechler



Was wird aus dem Mörfelder Bahnhof?

Die Bahn - aufgeteilt in drei Aktiengesellschaften - tut sich schwer mit Entscheidungen. Liegt es an der Beamtenmentalität oder der Neuorientierung des Managements, gibt es alte „Hoheitsrechte“ aus Zeiten des Staatsbetriebes oder sind Beschäftigte überdrüssig aus Verärgerung, fehlender Zukunftsaussichten, Perspektivlosigkeit, Sparprogrammen in Personal und sächlicher Ausstattung? Vieles scheint zuzutreffen beim Bemühen der Stadt um Entscheidungen in Sachen Fahrradabstellplätzen, P+R-Flächen und Erwerb des Mörfelder Bahnhofs. Scheint sich zur Einrichtung von Fahrradstellflächen etwas zu bewegen (die Fläche soll kostenlos zur Verfügung gestellt werden), so ist in punkto P+R-Flächen noch keine Lösung in Sicht. Der Bahnhof - er steht unter Denkmalschutz - ist für über eine Million Mark zum Verkauf angeboten. Diesen überzogenen Preis will und kann keiner zahlen. Zumal man mit mindestens einer weiteren halben Million für Sanierung und evtl. Umbau rechnen muß. Weiterhin ist unklar, für welchen Zweck das Gebäude genutzt werden soll. Auf keinen Fall sollte der Kauf ohne Verwendungskonzeption erfolgen. Weiterer Leerstand - neben alter Polizeistation und Post Walldorf - darf sich die Stadt nicht leisten. Im übrigen: Die Bahn stellt die Fläche für die Fahrräder zur Verfügung, die Stadt muß die Investition für Fahrradständer und Überdachung tragen. Zudem muß sie sich zumindest an den Planungskosten zur Verbesserung der Bahnsteige etc. beteiligen. Von wegen, die Bahn tut was

für ihre Kunden! Die Kunden bezahlen über die Steuern die Verbesserungen selbst. Ob die Bahn dann an Attraktivität gewinnt mit Sicherheit, Sauberkeit und Pünktlichkeit bleibt abzuwarten. Skepsis ist angebracht aufgrund der Sturheit ihres Verwaltungsapparates, der Preispolitik und des Imageverlustes durch die Unfallhäufigkeit. RD

Auswirkungen der Nordumfahrung

In Walldorf mehren sich die Forderungen zur Verkehrsberuhigung in der Okrifteler Straße/Vitrollesring. Was wir schon vor Jahren befürchteten und sagten, ist nun laute Wirklichkeit. Durch die Inbetriebnahme der Wageningen Straße zwischen B 44/ Industriestraße und Vitrollesring ist der Verkehr im Stadtteil Walldorf erheblich angestiegen. Noch mehr Verkehr wäre allerdings zu befürchten, würde die sog. Nordumfahrung durch Aufwertung zur Bundesstraße beschlossen. Dann könnten die Straßenanlieger wirklich kein Auge mehr zumachen. Nun denkt man über Maßnahmen nach, die den Verkehr verlangsamen sollen. Kreisverkehr an der großen Kreuzung Alpenring ist im Gespräch. Hoffentlich wird bei dieser Gelegenheit auch an einen Radweg entlang des Vitrollesrings und Okrifteler Straße gedacht. Die Anschlüsse in Richtung Flughafen und Mörfelden gibt es bereits. Im Stadtteil Mörfelden soll in Sachen Verkehrsberuhigung ebenfalls etwas getan werden. Eine Kreisellösung an der Kreuzung Zillering/Bonhoeffer-Straße ist in Planung.

St. Florians-Politiker sind für Erbenheim

Sozialdemokraten und CDU-Leute aus dem Kreis Groß-Gerau und anderswo propagieren neuerdings den Ausbau von Erbenheim als „eine Lösung“ im Streit um die Flughafenerweiterung. Baldur Schmitt (SPD) ist dabei, aber auch der Grüne Stadtrat Thomas Winkler.

Sicher, manche Bürgerinnen und Bürger denken, Erbenheim ist weit, sollen mal die anderen den Krach kriegen. Meist wird dabei aber vergessen, die Flieger bleiben in der Region und damit der Krach und der Dreck der Maschinen.

Man plant in Wiesbaden und in den FAG-Etagen weit über 500.000 Flugbewegungen im Jahr.

Das wird schnell soweit sein, wenn man die Herrschaften gewähren läßt. Merkmahlen: 1997 gab es 392.000 Flugbewegungen - 1998 schon 415.000. Vor acht Jahren hatten wir 40 Nachtflü-

ge - heute gibt es bis zu 159 - Tendenz steigend.

Egal, wo Erweiterungen geplant werden, es wird bald nicht mehr auszuhalten sein.

Bemerkenswert clever die Haltung der Amerikaner. Für den Rest der US Air Base will die Air Force eine Milliarde Mark und die US Army möchte für Erbenheim gleich drei Milliarden - als ob das Gelände „Ami-Land“ wäre.

Vergessen darf man nicht: Alle Russen sind aus Deutschland abgezogen, die Amerikaner aber spielen Weltgendarm und wollen ihre Stützpunkte behalten - oder wollen sich eine goldene Nase daran verdienen.

Und bei uns gibt es Politiker und Manager, die Erbenheim „favorisieren“ und bereit sind, solche Summen „abzudrücken“. Es ist ja nicht ihr Geld. Aber es fehlt dann für vernünftige Verkehrsplanungen oder für soziale Zwecke.

Wer glaubt, ein zweiter Großflughafen in der Region sei die Lösung, treibt einen Keil zwischen die Kräfte, die einen weiteren Ausbau des Frankfur-

ter Flughafens ablehnen und verhindern wollen.

Dem muß widersprochen werden.

Wie lange ist „langfristig“ ?

Dieser Tage kam uns ein Brief in die Hand, die der Noch-Ministerpräsident Hans Eichel an einen Walldorfer Bürger, am 21. Dezember 1994, schrieb. Hier heißt es u.a.: „*Beispielhaft möchte ich darauf hinweisen, daß die unter Federführung von Minister Jordan festgestellten Bannwaldausweisungen insbesondere südlich der Stadt Frankfurt dazu geführt haben, daß z.T. wesentlich umfangreichere Forstflächen vor einer Inanspruchnahme durch andere Nutzungen langfristig geschützt werden.*“ Manchmal wird man gefragt, wo die Politikverdrossenheit wohl herkommt . . .



Sahra Wagenknecht war da

Die „Linke Runde“, das Diskussionsforum der DKP Mörfelden-Walldorf, war der Veranstalter, die Referentin kam aus Berlin, der Saal im „Goldenen Apfel“ war brechend voll.

Sahra Wagenknecht, Vertreterin der kommunistischen Plattform in der PDS, beeindruckte durch klare Analysen der heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse.

Man konnte ihre Aussage nachvollziehen: „Marx ist aktueller als je zuvor“.

Post aus Kuba

Unser „Maurer“ Rainer Haag, Stadtverordneter der DKP/OL, (erster v. l.) arbeitet z.Zt. ehrenamtlich auf einer Baustelle in Matanzas/Kuba. (Foto Die DKP hat dort ihre dritte größere Solidaritätsaktion gestartet. Nach einer Reha-Klinik wurde in Matanzas eine Familienarztpraxis gebaut, jetzt ist eine

doppelte Familienarztpraxis (eine Art Ärztehaus) im Bau.



Für diese Solidaritätsaktionen werden weitere Spenden benötigt: Kuba-Solidarität der DKP Postbank Köln, Kto. 253525-502, PLZ 37010050 oder „blickpunkt“-Konto: Kreissparkasse Groß-Gerau, Konto-Nr. 9003419, BLZ 50852553 (Kennwort „Kuba“).



Ostermarsch 1999

Deutsche Außenpolitik muß Friedenspolitik sein!

Eine andere Politik statt Kontinuität!

Der von der Friedensbewegung geforderte Regierungswechsel ist geschafft; der erwartete Politikwechsel ist jedoch ausgeblieben. Obwohl in der Koalitionsvereinbarung deutsche Außenpolitik als Friedenspolitik deklariert wird, steht Kontinuität anstelle des erforderlichen Neuanfangs. Schlimmer noch: Mit ihrer Zustimmung zu einem Militärschlag der NATO gegen Jugoslawien steht die neue Bundesregierung im Widerspruch zum Völkerrecht, zu den Aussagen in den Wahlprogrammen der sie tragenden Parteien und zu parlamentarischen Initiativen beider Fraktionen, als sie noch in der Opposition waren.

Die neue Bundesregierung zeigt sich entschlossen, Sicherheitspolitik weiterhin vorwiegend militärisch zu definieren, Rüstungsvorhaben ihrer Vorgängerin ohne Abstriche weiterzuführen, die Militärausgaben hoch zu halten und am Gesamtumfang der Bundeswehr nicht zu rütteln. Indem die Bundesregierung der NATO und damit auch der Bundeswehr ein Mandat zu Waffeneinsätzen außerhalb des Natogebietes zuerkennt, nimmt sie die Militarisierung der Politik hin und untergräbt die friedensstiftende Autorität der Vereinten Nationen. Ihr Verständnis für den Raketenkrieg der USA und Großbri-

tanniens gegen den Irak ist politisch nicht zu rechtfertigen. Deutlicher Ausdruck für die Weiterführung einer zum Scheitern verurteilten militärischen Gewaltpolitik ist der Milliarden verschlingende Weiterbau des Eurofighters 2000.

Von der Bundesregierung fordern wir den Dialog für eine wirkliche Friedens- und Abrüstungspolitik. Was SPD und Grüne einst als richtig erkannten, hat auch heute noch Gültigkeit: Mit militärischen Mitteln ist kein politisches Problem zu lösen. Frieden schaffen, das geht nur ohne Waffen. Sprechen die Waffen, ob in Jugoslawien, dem Irak oder sonst irgendwo auf der Welt, dann bleiben Tod und Zerstörung. So bildet sich neuer Haß und rückt das friedliche Zusammenleben der Völker und der unterschiedlichen Kulturen in weitere Ferne.

Für ein Europa der Solidarität und des Friedens

Das Ende des kalten Krieges erfordert die Ablösung der NATO durch eine erneuerte OSZE als Regionalorganisation der UNO. Als Beitrag zu einer atomwaffenfreien Welt müssen die in Europa stationierten Atomwaffen verschwinden. ...

Die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ sind außer Kraft zu setzen, zumal kein militärischer Gegner in Sicht ist. Sie weiten den Auftrag der Bundeswehr zur „Landesverteidigung“ zugunsten militärischer Expansion aus. Die

mit den Richtlinien verbundene Strategie läuft auf Krieg hinaus und legitimiert die militärische Durchsetzung des Griffs nach Märkten und Rohstoffen im Interesse der wirtschaftlich Mächtigen. 60 Jahre nach Beginn des zweiten Weltkrieges ist es geboten, die Fähigkeit zu einem Angriffskrieg von deutschem Boden aufzuheben. Die Bundeswehr hat „out of area“ nichts verloren. ...

Für die Kürzung der Rüstungsausgaben

Zugunsten der Schaffung neuer Arbeitsplätze und einer besseren Sozialpolitik sind die laufenden Rüstungsprojekte abzubrechen. Der Stopp der etwa 200 Beschaffungsprojekte der Bundeswehr, insbesondere der Verzicht auf den Eurofighter und andere Angriffswaffen wie den Kampfhubschrauber Tiger 90, das Großraumtransport-Kampffahrzeug (GTK) sowie neue Panzer sparen Gelder in zweistelliger Milliardenhöhe ein. Die Bundeswehr kann sofort beträchtlich reduziert werden. ...

Die Beseitigung der Atomgefahr erfordert die Abschaffung der Atomwaffen und den Ausstieg aus der Kernenergie. ... Die NATO muß die Strategie des Ersteinsatzes von Atomwaffen aufgeben. In Deutschland gefährden nach wie vor 70 hier lagernde Atomwaffen unsere Sicherheit. Deutsche Soldaten trainieren nach wie vor für den Atomtod.

Die Rüstungsexporte verbieten

Deutsche Waffen verbreiten tausendfachen Tod und Vernichtung. Waffenexporte in Krisen und Kriegsgebiete, insbesondere in die Türkei, wo sie völkermordend gegen die Kurden eingesetzt werden, sind zu verbieten. ...

Wir wollen und dürfen die Durchsetzung einer zukunftsfähigen Politik nicht den Politikern alleine überlassen. Wir müssen selbst handeln, damit Frieden und Abrüstung, Arbeit und soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Gleichberechtigung, ökologische Verantwortung und internationale Solidarität zu Grundpfeilern einer neuen Politik werden.

(Aus dem Aufruf zum Hessischen Ostermarsch 1999)



**Ostermontag,
5. 4. 1999
Frankfurt am Main**

Auftakte:

**10.30 Uhr
Rödelheim, Bahnhof**

**11.30 Uhr
Eschersheim, Weißer Stein**

**11.00 Uhr
Offenbach, Stadthof (Rathaus)**

**11.30 Uhr
Niederrad, Bruchfeldplatz**

**Abschlusskundgebung:
13.00 Uhr
Frankfurt Römerberg**

Aussetzung der Todesstrafe für Mumia Abu Jamal jetzt!

Daß man in den USA daran denkt, demnächst auch 12jährige hinzurichten, muß man nicht kommentieren. Die selbsternannten Menschenrechtsapostel entlarven sich selbst.

Trotzdem ist zum Thema einiges zu sagen. Die Hinrichtung der Brüder LaGrand hat in unserem Land Betroffenheit ausgelöst. Die Todesstrafe ist inhuman und gehört weltweit abgeschafft. Auch wenn die Hingerichteten sich in diesem Fall selbst für schuldig befunden haben, ist die Todesstrafe ein staatlich angeordneter Mord, dessen Grundlage nicht selten ein Justizirrtum oder sogar eine nur konstruierte Beschuldigung ist.

Eine Studie der US-Regierung hat festgestellt, daß in den USA jeder siebte zum Tode Verurteilte unschuldig ist.

Heute warten in US-Gefängnissen 3517 Verurteilte auf ihre Hinrichtung - 46% davon sind schwarz. Bei seiner Pensionierung 1994 bezeichnete Richter Blackmun als Mitglied des Obersten Gerichtshofes der USA die Todesstrafe als „Instrument rassistischer Unterdrückung“.

Der weltweit bekannteste Todeskandidat der USA ist heute der schwarze Journalist und politische Aktivist Mu-



mia Abu Jamal. Seit 17 Jahren beteuert er seine Unschuld an dem ihm zur Last gelegten Mord an einem Polizisten. Die Hauptbelastungszeugin hat inzwischen gestanden, unter Mordandrohung gegen ihn ausgesagt zu haben.

Es wäre wirklich Zeit, daß Bundeskanzler Schröder, Außenminister Fischer und die Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Claudia Roth, die sich engagiert gegen die Hinrichtung von LaGrand eingesetzt haben, jetzt auch etwas dafür zu tun, daß Mumia Abu Jamal's Todesstrafe ausgesetzt wird und er endlich ein Berufungsverfahren erhält, um seine Unschuld beweisen zu können.

Die USA müssen endlich die internationalen Menschenrechtsstandards respektieren, die sie von anderen Ländern fordern.

**Jede Mark hilft dem
»blickpunkt«!**

**Unser Konto:
Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto-Nr. 9003419,
BLZ 50852553**

Absahnen wie die Weltmeister

Unter dieser Überschrift schildert die Gewerkschaftszeitung „Metall“ v. März d. J., noch in Erinnerung ihrer gerade abgeschlossenen, schweren Lohnverhandlungen, was sich die Manager von zwei Metall-Großunternehmen so einverleiben.

Da ist die Rede von BMW-Chef Bernd Pischetsrieder, der bei 3,7 Millionen Mark Jahreseinkommen vom Aufsichtsrat beim Weggang mit einer Abfindung von 15 Millionen Mark getröstet wurde.

Die „Frankfurter Allgemeine“ (Die Zeitung für kluge Köpfe) meinte, das stünde ihm zu, bei vier Jahren Restlaufzeit seines Vertrages.

Auch Jürgen Schrempp, Chef von Daimler-Chrysler, will mehr Geld, nach dem Motto, was dem Einen recht, ist dem Anderen (nicht) billig. Er verlangte nicht die 5 vor dem Komma, sondern gleich 500 Prozent mehr. Bisher verdient er vier Millionen Mark im Jahr. Damit ist er nicht mehr zufrieden, wo doch sein Chrysler-Vize Bob Eaton umgerechnet 20 Millionen DM einstreicht.

Helmüt Lense, Betriebsratsvorsitzender bei Daimler, bringt die Doppelmoral auf den Punkt:

„Absahnen wie die Weltmeister und die Arbeiter und Angestellten mit Brotsamen abspeisen.“ H. H.



Wochenzeitung der DKP

**Probeexemplare bei der
„blickpunkt“-Redaktion**

Ein Brief an Züblin

Die Fraktion der DKP/OL hat einen Dringlichkeitsantrag in der Stadtverordnetenversammlung eingebracht:

„Der Firma Züblin in Stuttgart wird nachfolgendes Schreiben der Stadtverordnetenversammlung geschickt.

Gleichzeitig soll das Schreiben an Presse-Agenturen, Hörfunk, TV und die örtliche Presse übermittelt werden.

Aus den Zeitungen konnten wir Anfang März '99 erfahren, daß Sie sich nicht an dem geplanten Industriefonds, der für die Zwangsarbeiterentschädigung eingerichtet werden soll, beteiligen wollen.

Diese Meldung hat uns sehr enttäuscht. Dachten wir doch, daß nach den Unterschriftensammlungen und zahlreichen Briefen und Appellen aus unserer Stadt ein Umdenken bei Ihnen zu erwarten sei.

Wie sie sicher wissen, sind u.a. auch große Konzerne der Bauindustrie bereit, ihren Beitrag zu einem Entschädigungsfonds zu leisten.

Wir bitten Sie dringend, sich diesen Firmen anzuschließen, damit die wenigen noch lebenden jüdischen Frauen, die im KZ-Außenlager Walldorf drangsaliert wurden, wenigstens eine kleine Hilfe erhalten.

Wir fordern Sie auf, endlich zu der Verantwortung Ihrer Firma für in der Zeit des Faschismus geschehenes Unrecht zu stehen und dafür Worte der Entschuldigung zu finden.“

Begründung:

Mit der Geschichte eines ehemaligen KZ-Außenlagers beschäftigen sich in Mörfelden-Walldorf seit Jahren die unterschiedlichsten Bevölkerungskreise: Jugendliche, Schulklassen, LehrerInnen, Parteien, Stadtparlament und -verwaltung, Museum, viele Mitbürgerinnen und Mitbürger unterschiedlichsten Alters.

Es gab ungezählte Appelle an Züblin, es gab Unterschriftsübergaben und Gespräche.

Bis die neuesten Zeitungsmeldungen auftauchten hofften alle, Züblin würde

sich seiner Verantwortung stellen. Das ist nun nicht der Fall. In der Konzernzentrale will man den Fall aussitzen. Das sollte man nicht durchgehen lassen.

Die Basisinformationen zur KZ-Außenstelle Walldorf sind längst bekannt: Das Lager bestand von August bis Dezember 1944 am Nordrand unserer Stadt. 1.700 junge jüdische Ungarinnen wurden von Auschwitz hierher ins Lager deportiert. Im Lager standen die Frauen unter SS-Bewachung. Angefordert wurden die Frauen als Arbeitskräfte für den Bau einer Rollbahn auf dem Frankfurter Flughafen.

Woche für Woche meldet der damalige SS-Lagerführer, daß die Frauen der Firma Züblin & Cie als Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt wurden. So heißt es zum Beispiel in seinem ersten „Wochenbericht“ vom 25. August 1944:

„Die Häftlinge arbeiten für die Fa. Züblin & Cie Frankfurt/M Adolf Hitler Anlage 1 und werden zu Arbeiten auf dem Flughafen eingesetzt. Arbeitszeit 7-12 und 13-18 Uhr ...“

Im „Monatsbericht“ vom August 1944 benennt er die einzelnen konkreten Arbeiten:

„Flugplatzanlagen, Rollbahnplanierungen, Tankanlagen, Kabelgraben, Entladen von Güterzügen, Lagerarbeiten ...“

Im „Wochenbericht“ vom 8. September 1944 schreibt er:

„Die Häftlinge wurden zu folgenden Arbeiten eingesetzt: Firma Züblin & Cie Frankfurt 1540 Häftlinge ...“

Woche für Woche gibt er die entsprechenden Daten an seine Vorgesetzten im Stammlager (KZ Natzeweiler-Struthof) weiter: die Zahlen sinken, der Krankenstand steigt unter diesen Bedingungen rapide.

Berichte von überlebenden Frauen des Lagers und ZeitzeugInnenaussagen von BürgerInnen aus Mörfelden-Walldorf zeigen ein sehr konkretes Bild von dem Grauen und Leid, unter dem die 1.700 jungen jüdischen Frauen damals hier um ihr Überleben kämpfen mußten: Sie waren völlig unterernährt, hatten im kalten Herbst 1944 nur dünne Sommerkleider, viele mußten barfuß laufen und dabei schwerste körperliche Arbeit tun, mindestens zehn Stunden pro Tag. Durchfallerkrankungen, Schikanen, Schläge, sadistische Quälereien durch die SS-Wachmannschaft ... all das gehörte damals zum Alltag dieser rechtlosen Frauen.

Wir appellieren erneut an die Firma Züblin, sich ernsthaft mit der Frage ihrer Verantwortlichkeit diesen Frauen gegenüber zu beschäftigen. Wir erklären, wir werden nicht Ruhe geben, bis sich der Konzern, der sich noch nicht einmal entschuldigt hat, seiner Verantwortung stellt.

Wir und viele Bürgerinnen und Bürger der Rhein-Main-Region fragen, ob sich eine Weltfirma an der Schwelle zum Jahr 2000 leisten kann, diesen Teil ihrer Geschichte auszublenden.

Wir erwarten vor allem ein Überdenken der seitherigen Haltung, eine offizielle Entschuldigung und eine Entschädigung der Opfer.

AUS DER KOMMUNALPOLITIK

Legendenbildung

Seit Jahren fordern Kommunalpolitiker (auch die DKP/OL-Fraktion) einen Kinderspielplatz im Osten Walldorfs (Baugbiet südlich der Jourdanallee/nördlich der Bahnlinie). Die Bemühungen der Stadtverwaltung, ein Feldgrundstück im Anschluß an die Bebauung zu bekommen, scheiterten an den Grundstückseigentümern. Zwar gibt es noch ein unbebautes Grundstück, auf dem ein Kinderspielplatz im rechtskräftigen Bebauungsplan eingezeichnet ist, doch auch dieses Areal konnte die Stadt bisher nicht erwerben.

Im letzten Jahr legte der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage vor, die ein Enteignungsverfahren beinhaltet. Es ist in der Tat das letzte, doch rechtmäßige Mittel, dem erklärten Willen aller Stadtverordneten Rechnung zu tragen. Eine Enteignung ist kein Verfahren, das die Stadt im Handumdrehen „durchzieht“. Viele Verfahrensschritte - Beantragung, Begutachtung, Wertermittlung, Güterabwägung - sind notwendig. Am Ende steht die Entschädigung des Grundeigentümers.

Wenn die CDU sich nun als Gralshüter des Privateigentums aufspielt und Enteignung als etwas hinstellt, was es nur in Diktaturen gibt, der betreibt Legendenbildung. Das Grundgesetz schreibt auch die Sozialpflichtigkeit des Eigentums fest. Die Verfassung kann schon konkret sein. RD

Ökosteuer - die Verlierer sind die „kleinen Leute“

Anfang März wurde die sogenannte Ökosteuer beschlossen.

● Die Mineralölsteuer auf Kraftstoffe wird um 6 Pfennig je Liter, bei Heizöl um 4 Pfennig und bei Gas um 0,32 Pfennig - umgerechnet je Kilowattstunde (kWh) - erhöht;

● Eine Stromsteuer von 2 Pfennig je kWh wird eingeführt; sowohl bei Strom als auch bei Benzin, Gas und Öl wird nach dem Aufschlag noch der normale Mehrwertsteuersatz von 16 Prozent berechnet.

● Die Einnahmen von mehr als 8 Milliarden Mark noch 1999 sollen verwandt werden, um den Beitrag von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zur gesetzlichen Rentenversicherung um jeweils 0,4 Punkte zu senken. Während also Werktätige etwas zurückkriegen, gehen z.B. Rentner leer aus.

„Arbeit verbilligen - Natur verteuern“. Dieses Credo der neuen Regierung hört sich gut an. Schließlich stöhnen fast alle über hohe Abgaben, und fast alle finden es gut, wenn etwas für die Umwelt getan wird.

Dennoch: Was Rot-Grün als „ökologische Steuer- und Abgabenreform“ verkauft, ist kein Einstieg in den ökologisch-sozialen Umbau; es ist der Versuch, mit einer zusätzlichen Einnahmequelle Löcher im Haushalt zu stopfen. Bei allem hektischen Hin und Her in dieser Sache - eines ist klar: Die Pläne begünstigen Unternehmen und belasten besonders Menschen mit geringem Einkommen. Menschen mit niedrigem Arbeitseinkommen werden durch die Senkung ihrer kleinen Rentenversicherungsbeiträge nur geringfügig entlastet. Studierende, Rentnerinnen und Rentner, Erwerbslose, Bezieherinnen und Bezieher von Sozialhilfe haben von der Beitragssenkung gar nichts.

Beide Gruppen müssen aber erheblich größere Teile ihrer Einkommen für Strom und Wärme aufwenden, denn ein sozialer Ausgleich ist für die steigenden Energiekosten nicht vorgesehen.

Es bleibt noch viel zu tun

Seit nunmehr 50 Jahren steht im Grundgesetz dieses Landes: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ Von der Gewährung gleicher Rechte sind wir aber noch immer weit entfernt.

Nach wie vor sind es vor allem Frauen, die in die Arbeitslosigkeit oder in niedrig bezahlte bzw. ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse gedrängt werden. Noch immer ist Armut auch hierzulande vorwiegend weiblich. Der jahrzehntelange Kampf um die eigenständige Existenzsicherung von Frauen hat nichts an Aktualität eingebüßt. Die Tatsache, daß Frauen aus den mittleren und oberen Schichten zu früheren Zeiten kaum erwerbstätig waren, dient auf konservativer Seite noch immer zur Verklärung dieses Zustandes. Zugleich wird daraus der - falsche - Schluß von der generellen Nichterwerbsarbeit von Frauen gezogen. Bis in die Gegenwart muß dieses vorgebliche Ideal für die Rechtfertigung niedriger Löhne erhalten; die Einkommen von Frauen werden lediglich als „Zu-

verdienst“ betrachtet. Auch die fortwährenden Bestrebungen, Frauen auf „weibliche“ Berufe festzulegen, liegen darin begründet. Unter diesen Bedingungen sind Frauen immer wieder zur Manövriermasse auf dem Arbeitsmarkt geworden.

Heute machen konservative Politiker wie Kurt Biedenkopf und Edmund Stoiber die „übersteigerte Erwerbsneigung“ von Frauen für die hohe Arbeitslosigkeit verantwortlich und fordern mehr oder weniger direkte Gegenmaßnahmen.

Noch ist für die Frauen hierzulande vom angekündigten Aufbruch in der Frauenpolitik wenig zu spüren. Fest steht, daß er nur dann wirkungsvoll wird, wenn Rot-Grün die neuen politischen Mehrheiten nutzt, um patriarchale Strukturen aufzubrechen. Das hieße konkret, solche „heiligen Kühe“ wie das Ehegattensplitting und den § 218 zu schlachten.

Es bleibt also viel zu tun. Gleichberechtigt sind Frauen erst, wenn sie Beruf und Kinderbetreuung vereinbaren können, wenn sie eine eigene soziale Absicherung haben, wenn sie bei der Erwerbsarbeit mit Männern gleichziehen und für gleichwertige Arbeit den gleichen Lohn erhalten.

*Auch in diesem Jahr verteilte die
DKP Mörfelden-Walldorf am
„Internationalen Frauentag“
Nelken an Frauen in unserer Stadt.*



Stadtgeschichten

Wilhelm Dittmann sen. (rechts im Bild) hatte Humor und war ideenreich, als er den Bruch der Erkerscheibe seines Ladengeschäftes in der Walldorfer Ludwigstraße 66 vor-



täuschte und ein Schild mit folgendem Text danebenhängte: „**In der Scheibe ist kein Loch! In Ihrem Geldbeutel jedoch, wenn Sie wo anders kaufen!!!**“. Die Schrift auf dem kleineren Schild, bezogen auf eine im Schaufenster stehende „Pfaff-Nähmaschine“, lautete: „**Diese und keine andere Maschine gehört in Ihren Haushalt**“. Das waren schon „moderne“ Werbemethoden.

Wilhelm Dittmann war, wie auch heute noch erzählt wird, sehr einfallsreich, und man könnte sagen, ein Tüftler. Er hat schon sehr früh Fahrräder und Nähmaschinen verkauft und repariert. Wie auf dem Foto aus dem Jahre 1924 zu sehen ist, kamen auch Eigenkonstruktionen und Erfindungen dabei heraus. Das Herrenfahrrad mit Autohupe und hinter dem Sattel angebrachten Benzinmotor mit Keilriemenantrieb sorgte in Walldorf damals für Aufmerksamkeit. Auch für seinen Sohn Wilhelm (links im Bild) fertigte er ein Kinderfahrrad mit Vollgummireifen. Dittmann war auch für die Reparatur der Kirchenuhr zuständig und hat sich sehr früh der Fotografie gewidmet. Der Laden mit Reparaturwerkstatt bestand bis zum Jahre 1932.



LESERBRIEF

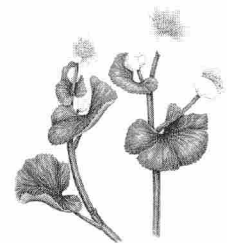
„Abzocker“

Einen Kommentar bzw. Ergänzung zum Artikel „Abzocker“ aus dem letzten „blickpunkt“. Letztthin war ich in Österreich in Urlaub. Auf der Post in Leutasch konnte man DM in beliebiger Menge in öS umtauschen für 30 Schilling (ca. 4,30 DM) Gebühr. Nebenan bei der Raiffeisenbank verlangte man 1%, mindestens 30 Schilling für die Dienstleistung. Warum können das deutsche Banken nicht? Sie verlangen für die gleiche Leistung bis zu 6%. Gibt es

keine Bankenaufsicht, keinen Dachverband, keine Eurobank, kein Gesetz, das diesen „Abzockern“ auf die Finger klopft? D.R.F.



Unser Lexikon



Bodderblumm

Butterblume
(Sumpf-Dotterblume)